

LIBERALE PARLAMENTSARBEIT 2023

Soziales

Unsere **liberale Sozialpolitik** strebt nach **Chancen- und Leistungsgerechtigkeit**, unabhängig von der sozialen Herkunft. Im vergangenen Jahr engagierten wir uns aktiv für die Förderung von **Chancengerechtigkeit und Selbstbestimmung**. Wir setzten uns entschieden für die **Stärkung der Teilhabe** benachteiligter Bürgerinnen und Bürger ein. Des Weiteren betonten wir die Anerkennung von **Familienpolitik** als zukunftsweisende Politik und setzten uns für eine **aktive Seniorenpolitik** ein, die das Selbstbewusstsein im Alter fördert, etwa durch den Liberalen Seniorentag. Der **Liberalen Seniorentag 2023** widmete sich dem Thema der **digitalen Teilhabe für ältere Menschen**. Obwohl Senioren von den Entwicklungen der Digitalisierung profitieren könnten, sind viele von der digitalen Teilhabe ausgeschlossen. Die Diskussion im Landtag betonte die Notwendigkeit, die digitale Kluft zwischen den Generationen abzubauen. Politiker, Wissenschaftler und Praktiker betonten die Bedeutung, ältere Menschen aktiv in die digitale Entwicklung einzubeziehen, um ihre gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung zu fördern. Es wurden Projekte vorgestellt, die durch niedrigschwellige Angebote die digitale Teilhabe älterer Menschen verbessern sollen. Wir sehen die **Digitalisierung als Chance** und setzen uns für den Abbau von Hürden, den Ausbau der digitalen Infrastruktur und barrierefreie digitale Dienstleistungen ein. Die Veranstaltung betonte die Notwendigkeit einer altersgerechten digitalen Teilhabe, um den Seniorinnen und Senioren die Vorteile der digitalen Transformation zugänglich zu machen und ihre Lebensqualität zu verbessern.

Ebenso lag unser Engagement im Bereich der **Gesundheitspolitik und Pflege**. Die Freiberuflichkeit der Ärztinnen und Ärzte bildet eine wichtige Säule für unser ambulantes Gesundheitswesen. Unsere Ziele umfassen das Bekenntnis zum dualen Versicherungswettbewerb, die Stärkung der Freiberuflichkeit der Ärztinnen und Ärzte, eine aktive Rolle des Landes in der stationären Versorgung sowie die Fortschreibung des Landeskrankenhausplans, die Förderung von Digitalisierung und Telemedizin, sektorenübergreifende Modelle, den Schutz der Interessen der Medizinproduktehersteller, den Ausbau von Baden-Württemberg als Pharmastandort sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Heilmittelerbringer sowie Apothekerinnen und Apothekern. In der Debatte zum Arzneimittelstandort Baden-Württemberg betonten wir die Bedeutung lokaler Apotheken. Wir sehen die Notwendigkeit einer **besseren finanziellen Unterstützung**, wir fordern **Entbürokratisierung** und mehr Flexibilität für eine **sichere Arzneimittelversorgung**. Wir drängten die Landesregierung zum Dialog mit dem Bundesgesundheits- und Bundeswirtschaftsminister. Baden-Württemberg ist nicht nur stark in der medizinischen Versorgung der Patientinnen und Patienten, wir sind auch ein bedeutender Standort für Medizinprodukte und innovative Pharmaunternehmen.

In diesem Jahr lag ein Fokuspunkt bei der **(generalistischen) Pflegeausbildung** und dem **Fachkräftemangel** in diesem Bereich.

ANSPRECHPARTNER



Niko Reith MdL

Sprecher für Sozialpolitik
nikolai.reithk@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9290



Rudi Fischer MdL

Sprecher für Seniorenpolitik
rudi.fischer@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9310



Jochen Haußmann MdL

Sprecher für Gesundheitspolitik
jochen.haussmann@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9320



Jana Lux

Parlamentarische Beraterin
jana.lux@fdp.landtag-bw.de
T: 0711 2063-9035

Gewinnung ausländischer (Pflege-) Fachkräfte

Wir betonen die Erfordernisse, in Baden-Württemberg mehr für die **Gewinnung ausländischer Fachkräfte im Gesundheits- und Pflegebereich** zu tun. Kritisiert wurde von uns die langsame Vorgehensweise der Landesregierung, die erst bis Frühjahr 2024 eine zentrale Anlaufstelle für Anerkennungsverfahren schaffen will. Die Fraktion forderte eine Beschleunigung der Anerkennungsverfahren, orientiert an erfolgreichen Beispielen wie in Hessen, und setzt auf das Pflegestudiumstärkungsgesetz und das Fachkräfteeinwanderungsgesetz als unterstüt-

zende Maßnahme. In Baden-Württemberg gibt es besorgniserregende Entwicklungen in der Pflegeausbildung. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist um sieben Prozent gesunken, während die Schulabgänge ohne Abschluss im Bereich Pflege drastisch angestiegen sind - die Abbruch- und Durchfallquoten bei den Abschlussprüfungen sind alarmierend hoch. Dies führt zu Problemen für Kliniken und Pflegeeinrichtungen. Wir forderten den Gesundheitsminister immer wieder auf, das Thema anzugehen und Lösungen zu entwickeln.

INITIATIVEN

- » Inklusive Spielplätze in Baden-Württemberg [Drucksache 17/5260](#)
- » Generalistische Ausbildung in der Pflege [Drucksache 17/5200](#)
- » Pflegekräftemangel [Drucksache 17/5288](#)
- » Entwicklung der Frühgeburtenversorgung in Baden-Württemberg [Drucksache 17/5352](#)
- » Geriatrische Versorgung in Baden-Württemberg [Drucksache 17/5764](#)
- » Kuren und Rehabilitation [Drucksache 17/5180](#)

ARBEITSKREIS

Soziales

ANSPRECHPARTNER

Niko Reith MdL

Rudi Fischer MdL

Jochen Haußmann MdL